



HESSISCHER LANDTAG

02. 10. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Landesregierung muss Abschiebestopp beschließen: keine Abschiebungen in Ebola-Gebiete

Seit dem erneuten Ausbruch des Ebola-Virus in Westafrika sind nach Zahlen der Weltgesundheitsorganisation WHO bereits 3.000 Menschen an den Folgen des Virus gestorben. Ein Ende der Epidemie ist nicht absehbar.

Nach Ansicht von Expertinnen und Experten könnten sich in Afrika pro Monat 20.000 Menschen neu mit dem tödlichen Virus anstecken. Der Hamburger Virologe und Ebola-Experte Dr. S. vom Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin geht davon aus, dass gerade in den besonders betroffenen Ländern, Liberia und Sierra Leone, sich fast jeder infizieren kann - bei einer Todesrate von rund 50 %.

In Westafrika bahnt sich eine humanitäre Katastrophe an: Kinder verlieren ihre Eltern, Felder werden nicht mehr bestellt, die Grenzen sind dicht, die Krankenhäuser hoffnungslos überlaufen. Die UN befürchten eine Hungerkatastrophe.

Neben Liberia und Sierra Leone ist auch Guinea besonders stark von der Epidemie betroffen. Das Auswärtige Amt rät angesichts der aktuellen Lage dringend von Reisen in die drei Länder ab und ruft zur Ausreise auf.

In Nigeria verzeichnet die WHO bisher 21 Erkrankungen und mindestens sieben Todesfälle durch Ebola. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl weiter steigt.

Nach WHO-Informationen wurde auch im Senegal ein Ebola-Fall bestätigt. Die senegalesischen Gesundheitsbehörden haben bereits weitere Maßnahmen ergriffen und unter anderem die Landgrenze zu Guinea geschlossen und den Luft- und Seeverkehr für Passagiere aus den drei hauptbetroffenen Ländern gesperrt.

Die Bundesländer Niedersachsen, Hamburg und Rheinland-Pfalz haben bereits einen Abschiebestopp beschlossen, in Hessen gibt es einen solchen Beschluss bisher nicht.

D e r L a n d t a g w o l l e b e s c h l i e ß e n :

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Beispiel von Niedersachsen, Hamburg und Rheinland-Pfalz zu folgen und Abschiebungen in vom Ebola-Virus betroffene Länder - insbesondere nach Liberia, Sierra Leone, Guinea, Nigeria und Senegal - für zunächst sechs Monate umgehend auszusetzen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag umgehend darüber zu informieren, wie viele Menschen in Hessen gegenwärtig einer Ausreisepflicht in die oben genannten Länder unterliegen.

Wiesbaden, 2. Oktober 2014

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler